

Transparenz an der Uni fordern und fördern

Antragsteller*innen:

Daniel Mäckelmann (UDP), Lukas Drescher (UDP), Henrik Janke (UDP)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, vertreten durch das Präsidium, zu mehr Transparenz, und zumindest zur Einhaltung der geltenden Gesetze aufzufordern.

Das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel fordert das Präsidium ebenjener auf, sich an das Informationszugangsgesetz zu halten. Außerdem sollen die in § 11 Informationszugangsgesetz aufgeführten Unterlagen, sowie Antworten auf Anfragen nach § 4 Informationszugangsgesetz in einem Transparenzportal veröffentlicht werden.

Des Weiteren stellt das Studierendenparlament mit Bedauern fest, dass die Universität selbst bei einfachsten Anfragen¹ die Höchstfrist von einem Monat zur Beantwortung von Anfragen nach § 4 Informationszugangsgesetz untätig verstreichen lässt, obwohl das Gesetz eine unverzügliche Beantwortung fordert. Außerdem stellt das Studierendenparlament fest, dass die Universität teilweise gegenüber Antragsstellenden wahrheitswidrig behauptet, nachweisbar vorhandene Informationen lägen nicht vor². Das Studierendenparlament fordert daher das Präsidium der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sowohl in der zentralen Verwaltung, als auch in den Fakultäten, Instituten und Einrichtungen, zeitnah und korrekt auf Anfragen nach dem Informationszugangsgesetz antworten zu können.

Der Allgemeine Studierendenausschuss geht in dieser Thematik bereits mit gutem Beispiel voran. Einrichtungen, Organe und Gremien der Studierendenschaft sind auf die Anwendung des Informationszugangsgesetzes hinzuweisen.

¹ z.B Anfragen nach einem explizit benannten Dokument. Siehe: <https://fragdenstaat.de/a/310003>

² Siehe: <https://fragdenstaat.de/a/305006> und <https://www.uni-kiel.de/ueberblick/statistik/gusdat/spst/indexSPST.shtml>

Antragsbegründung:

Seit dem ersten Informationsfreiheitsgesetz, welches 1766 in Schweden eingeführt wurde, dient die öffentliche Einsicht in staatliche Unterlagen der Kontrolle staatlichen Handelns. Daher wurde auch in Schleswig-Holstein im Jahre 2012 das „Informationszugangsgesetz“ verabschiedet, was den Zugang zu den Informationen staatlicher Stellen regelt. Diese Verpflichtung öffentlicher Institutionen zu Transparenz findet sich auch in Art. 53 der Landesverfassung.

Leider mussten wir feststellen, dass diese Erkenntnis bei der Universität noch nicht wirklich angekommen zu sein scheint. Nach den Anfragen, die auf dem Internetportal „FragDenStaat“ zu finden sind, antwortet die Universität grundsätzlich frühestens nach einem Monat, der Frist nach der Antworten aller spätestens zu erfolgen haben. In mehreren Fällen hat die Universität erst reagiert, nachdem die Beauftragte für Informationszugang hinzugezogen wurde. Der Eingang von Anfragen wird nur sporadisch bestätigt. Begründet wird dies mit Personalmangel, und das seit mehreren Jahren. Dies ist unserer Ansicht nach inakzeptabel. Die Universitätsverwaltung muss in der Lage sein, oder in die Lage versetzt werden, die geltenden Gesetze einzuhalten.

Dies ist auch aus praktischen Gründen erstrebenswert. Durch den freien Zugang zu Informationen werden auch die Gremien der Studierendenschaft, sowie einzelne Studierende in die Lage versetzt, das Verwaltungshandeln der Universität informiert zu kritisieren und Missstände in der Universitätsverwaltung aufzudecken. Dies ist insbesondere wichtig, da die Universität aus öffentlichen Mitteln finanziert wird und integraler Bestandteil der SchleswigHolsteinischen Berufsbildung ist.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.